

Dr. Doeblin
Gesellschaft für
Wirtschaftsforschung mbH

Snippet 19/05

7. Mai 2019

Stimmungsbarometer Wirtschaft

Bevölkerungsumfrage: Keine Bereitschaft zu mehr EU-Finanzierung

Sorgen über Zuwanderung nehmen ab, aber Wahrnehmung der sozialen Spaltung wächst / Kritik an Bundesregierung / Wenig Vertrauen in Standort Deutschland / Bargeld soll bleiben

(Tabelle und technische Daten siehe nächste Seiten)

Das Stimmungsbarometer der Deutschen zur wirtschaftlichen Lage zeigt im April 2019 ein gemischtes Bild. Die Sorgen über die Auswirkungen der Zuwanderung auf unser Sozialsystem nehmen im Jahresvergleich ab, existieren aber nach einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage des Wirtschaftsforschungsinstituts Dr. Doeblin im April 2019 immerhin noch bei 44 % der Befragten. Im Juli 2018 lag der Anteil noch bei 56 %. Unverändert hoch mit 66 % ist jedoch der Anteil der Bürger, die eine soziale Spaltung im Lande diagnostizieren: Zwei Drittel stimmen der Aussage zu „Die Schere zwischen arm und reich wird in Deutschland immer größer“.

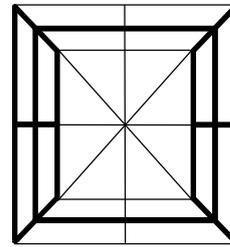
Angesichts der wahrgenommenen sozialen Spaltung im eigenen Land ist es nicht verwunderlich, dass nur noch 19 % der Bevölkerung – nach 25 % in 2018 – bereit sind, ein stärkeres finanzielles Engagement Deutschlands in der EU zu befürworten. Entsprechend gering ist die Unterstützung für einen gemeinsamen EU-Finanzminister, der „über Einnahmen und Ausgaben der EU-Mitgliedsstaaten“ wachen soll: Nur jeder fünfte Befragte findet dies richtig. Die Europa-Begeisterung in der Bevölkerung hält sich also kurz vor den Wahlen zum EU-Parlament doch sehr in Grenzen.

Mit 40 % erkennt ein beachtlicher Anteil der Bevölkerung „keine klare Linie in der Politik der Bundesregierung“. Skepsis herrscht auch im Blick auf den Wirtschaftsstandort Deutschland: Nur knapp jeder Vierte glaubt, Deutschland werden seinen Rang als „erstklassiger Standort“ in den nächsten 10 Jahren halten.

Für eine langfristige Abschaffung von Bargeld zugunsten von Bank-Karten und digitaler Überweisung sprechen sich nur 9 % der Befragten aus.

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doeblin
Amtsgericht Charlottenburg (Berlin) HRB 156417 B
St.-Nr. 29/535/01944
Bankverbindung:
Vereinigte Raiffeisenbanken
IBAN: DE82770694610006448046
BIC: GENODEF1GBF

10557 Berlin, Helgoländer Ufer 7 b
Tel. 030-58 856 710
doebli@wp-online.de
<http://www.wp-online.de>



Tabellarische Darstellung der Ergebnisse

Fragentext:

Welchen der folgenden Aussagen stimmen Sie zu?

	Juli 2018	Nov. 2018	April 2019
Ich mache mir Sorgen wegen der Auswirkungen der Zuwanderung auf unser Sozialsystem.	56 %	51 %	44 %
Deutschland wird in den nächsten 10 Jahren im internationalen Wettbewerb seinen Rang als erstklassiger Wirtschaftsstandort erhalten.	22 %	18 %	23 %
Die Schere zwischen arm und reich wird in Deutschland immer größer.	-ne-	64 %	66 %
Ich erkenne keine klare Linie in der Politik der Bundesregierung	-ne-	-ne-	40 %
Deutschland sollte sich jetzt in Europa finanziell stärker engagieren, um Stabilität und Wohlstand in der Europäischen Union zu sichern.	25 %	-ne-	19 %
Es sollte einen gemeinsamen EU-Finanzminister geben, der über Einnahmen und Ausgaben der EU-Mitgliedsstaaten wacht.	-ne-	-ne-	19 %
Langfristig sollte Bargeld abgeschafft werden – man kann bequemer mit Bank-Karten und durch elektronische Überweisungen bezahlen und außerdem wird Kriminellen dann ihr Handwerk erschwert	-ne-	-ne-	9 %

-ne- = nicht enthalten

Technische Erläuterungen

Methodik	<p>Online-Umfrage bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Dynata (vorher: Research Now), einem weltweit führenden Anbieter von Bevölkerungsdaten.</p> <p>Die soziodemographische Struktur der Stichprobe entspricht der der Bevölkerung für die Basis-Merkmale Alter (16 bis 65 Jahre), Geschlecht, Bundesland und Bildungsstand sowie anderen relevanten Merkmalen.</p>
Zeitraum der Befragung	10. - 18. April 2019
Stichprobe	1534 Personen (bei allen früheren Umfragen jeweils rund 1000 Befragte)

Copyright Dr. Doebelin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH 2019